

Allein, man möchte den Bonner Konservativen gern wünschen, daß sie dies mit mehr Souveränität verdauen, als es ihrem Düsseldorfer Statthalter Bernhard Worms gelang. Denn dessen erste Reaktion hatte etwas vom Rumpelstilzchen an sich: Die Wut, daß es doch noch gelang, aus gedroschenem Stroh pures Gold zu machen, lugt aus jeder Ritze.

Die Hoffnung mag eitel sein, aber vielleicht gelingt es doch noch jemandem - Kurt Biedenkopf womöglich oder sogar Hans-Dietrich Genscher? -, den Mann zur Vernunft zu bringen. Ansonsten müßte der Verdacht zur Gewißheit werden, daß es CDU und FDP an Rhein und Ruhr gar nicht um die Handlungsfreiheit des neuen WDR-Intendanten ging und geht, sondern darum, die größte öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt der Bundesrepublik - zum Vorteil der künftigen privaten Konkurrenz - in einen parteipolitischen Machtkampf zu verstricken und auf diesem Wege unter ihr Kuratel zu stellen. Damit allerdings würde sie bei den Sozialdemokraten auf Granit beißen, zumal jetzt nicht mehr um Vordergründiges, sondern um Eingemachtes gestritten werden kann.

Dabei sind die Worms'ler Drohungen mit dem Verfassungsgerichtshof mit aller Gelassenheit zu betrachten. Jenen ominösen Paragraphen 4 des Vorschaltgesetzes aus der Welt zu schaffen, ist politisch, nach Auffassung der Rechtsexperten aber nicht rechtlich geboten. Im übrigen gehört es zu den leidigen Gewohnheiten der Düsseldorfer Opposition, mehr mit Prozeßvollmachten zu winken als mit politischen Alternativen aufzuwarten. Die "Trefferquote" der Worms'ler Winkeladvokatur ist entsprechend: Erst am Freitag letzter Woche ist die nordrhein-westfälische Union mit einer Verfassungsklage und mehreren Verfassungsbeschwerden bei den höchsten Richtern des Landes aufgelaufen.

(~/19.2.1985/rs/fr)

+ + +



Kinder sind keine Ware

Das Geschäft mit Samen und Leihmüttern ist unethisch

Von Dr. Karl Heinz Kiejdzinski MdB

Zu allen Zeiten hat der Mensch geforscht und sein Wissen durch Forschung erweitert. Und schon immer ist das, was einmal erdacht worden ist, auch von der Theorie in die Praxis umgesetzt worden. Mit der Möglichkeit Samen, Eier und Embryonen einzufrieren, sozusagen Kinder auf Vorrat zu lagern und bei Bedarf der leiblichen Mutter oder auch sogenannten Leihmüttern einzupflanzen, stößt die Forschung in Ausführung ihrer Möglichkeiten wieder einmal auch an ethische und moralische Grenzen.

So begrüßenswert es in manch individuell gelagertem Fall sein mag, bestimmten Problemen, hier besonders dem unerfüllten Kinderwunsch, abzuwehren, so sehr stellt sich die Frage, ob angesichts von hungernden und verhungerten Kindern, von ständig wachsender Bevölkerungsrate gerade in den ärmsten Ländern dieser Welt, aber auch von jährlich Hunderttausenden von Abtreibungen, Abtreibungen, die oft genug durch die Kinderfeindlichkeit unserer Umwelt gerade bei den auf Hilfe angewiesenen Bevölkerungsgruppen notwendig werden, ob bei diesen Voraussetzungen unter immensen finanziellen Aufwendungen einige Wohlhabende sich ein Kind um jeden Preis leisten können sollen.

Einmal noch dahin gestellt, welchen Zweck ein solch exzessiver Kinderwunsch erfüllt. Das Kind als Bestätigung seiner selbst, als Möglichkeit, noch einmal ein Leben - diesmal ein anderes als das eigene - zu bestimmen, das Kind als Hoffnungsträger, als "Du-sollst-es-einmal-besser-haben". kurz: das Kind als Mittel zum Zweck?

Vorzugsweise Anwälte vermitteln Leihmütter, auswählbar nach Katalog, regeln das Geschäft mit dem Kinderwunsch und es ist ein gutgehendes Geschäft.

Geregelt ist aber noch nicht, welche juristischen Konsequenzen sich aus diesem Geschäft ergeben. Lehnt die Leihmutter es ab, das Baby nach der Geburt herzugeben, so hat sie alle Rechte der leiblichen Mutter. Verweigert der samenspendende Vater die Annahme des Babys, so bleibt die Leihmutter auf - juristisch gesehen - ihrem Kind sitzen. Läßt dagegen eine Frau sich mit dem Samen eines anonymen Spenders befruchten, so kann der Ehemann die Ehelichkeit des so gezeugten Kindes bestreiten, auch wenn er vorher mit der Art der Zeugung einverstanden gewesen ist. Unterhalts- und Erbspruch könnten sich dann bei weiterhin ungeklärtem Recht an die anonymen Väter richten.

Bei der in-vitro-Befruchtung stellen sich neben den juristischen vor allem ethische Fragen. Da für die in-vitro-Befruchtung der Frau mehrere Eier entnommen und im Reagenzglas befruchtet werden, aber nur ein Embryo in den Uterus eingepflanzt wird, stellt sich die Frage: Was geschieht mit den anderen? Werden diese Embryonen, fertige Lebewesen mit allen Anlagen, gelagert? Und wenn ja, für wie lange und wer vernichtet sie dann? Oder werden sie zu Forschungszwecken benutzt?

Jahrzehntelang waren Vorstellungen dieser Art Inhalt von Science-fiction-Geschichten. Schneller als gedacht, haben wir unsere Zukunft erreicht, stehen wir vor Problemen, die hier nur angerissen werden sollten.

Der Europarat hat zu diesen Problemen den Bericht "Untersuchung über die Befruchtung beim Menschen und Embryologie", den sogenannten Warnock-Report, vorgelegt. Analog dazu



haben der Bundesminister für Justiz und der Bundesminister für Forschung und Technologie eine Kommission unter Vorsitz des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Ernst Benda, einberufen, die sich unter anderem mit dem Warnock-Report befassen soll. Das Ergebnis der Arbeit der Kommission soll bis Mitte 1985 vorliegen, die Bundesregierung will dann, gestützt auf diesen Bericht, Maßnahmen ergreifen.

Ein Gesetz wird aber noch mindestens zwei weitere Jahre auf sich warten lassen. Entwürfe, Änderungsanträge, Expertenanhörungen werden das ihre dazu beitragen, daß auch nach 1985 noch für längere Zeit ein juristisch ungeregelter Zustand bestehen bleibt. Und das, obwohl aufgrund der wissenschaftlichen Entwicklung in anderen Ländern und den Reaktionen der dortigen Regierungen der Bundesregierung das auch auf sie zukommende Problem schon frühzeitig hätte deutlich sein müssen.

Wie so oft ist es der Bundesregierung nur noch möglich, auf bestehende Zustände zu reagieren, zu reagieren auf Zustände, die der gründlichen und sorgfältigen Analyse, Einordnung und Regelung bedürfen, juristisch wie ethisch, denn es gibt Dinge, die nicht mit Geld zu erkaufen sein sollten, und Kinder sind keine Dinge und deshalb erst recht nicht zu kaufen, zu lagern, zu züchten.

Ein kleiner Tip am Rande: Vielleicht wäre manch verhinderten Eltern schon mit einer schnelleren und unbürokratischeren Adoptionspraxis geholfen und den bereits geborenen Kinder wäre damit wohl ganz sicher geholfen. (-/19.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



Zimmermann, Dollinger und die Bundesbahn

Die Doppelzüngigkeit der CSU ist deutlich geworden

Von Georg Bamberg MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

CSU-Minister Zimmermann hat ein neues Bodenschutzkonzept vorgelegt. Das Kabinett hat diesem Entwurf zugestimmt, 170 gesetzliche, planerische und verwaltungstechnische Maßnahmen sollen zur Verwirklichung eingeleitet werden. Endlich also hat die Regierung auf die zunehmende Vergiftung der Böden und den rapiden Landschaftsverbrauch reagiert. Und doch wird die Doppelzüngigkeit der CSU in Bonn deutlich.

Mit dem Konzept des Innenministers soll eine Verringerung des Straßenbedarfs erreicht werden, Landschaft geschont bleiben. Dies bedeutet, so Zimmermann, eine "verstärkte Prioritätensetzung bei Investitionen zugunsten des Eisenbahnverkehrs".

Was wird wohl Parteifreund und Verkehrsminister Dollinger dazu sagen? Immerhin ist er es, der für den raschen Niedergang der Bundesbahn verantwortlich ist. Die atemberaubend steigenden Defizite der Bahn, Streckenstilllegungen und die systematische Zerstörung von Arbeitsplätzen bei der Bahn sind nur einige Beispiele für eine völlig verfehlte Bahnpolitik. Wie soll mit einer solch desolaten Politik plötzlich die Prioritätenskala verändert werden?

Dazu bedarf es klarer politischer Vorgaben. Schon im letzten Jahr forderte die bayerische SPD-Landesgruppe dirigistische Maßnahmen, um den Stellenwert der Bundesbahn zu verbessern. Eine Aktivierung des alten "Leber-Plans" bietet die Chance der Bahn zu mehr Verkehrsanteilen zu verhelfen.

Man darf also gespannt sein, wie Minister Dollinger auf die Vorgaben seines CSU-Kollegen reagiert. Wahrscheinlich präsentiert die CSU uns wieder einen weiteren Akt ihres Schauspiels "Wir tanzen auf allen Hochzeiten".

Die anstehenden Beratungen zum Bundesfernstraßenplan bieten der CSU die Möglichkeit Klartext zu schreiben. Für die Unterstützung und den Ausbau der Bundesbahn kann die CSU immer mit unseren Stimmen rechnen.

{-/19.2.1985/vb-he/rs}

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

ZMO: Grenz-Forderungen schaden Vertriebenen

Die Landesdelegiertenversammlung des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO) Nordrhein-Westfalen hat am 9. Februar in Bergneustadt eine Resolution beschlossen, in der die Grenz-Forderungen der Landsmannschaften scharf verurteilt werden. Der Wortlaut:

"Der Landesverband NRW des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher wendet sich entschieden gegen alle Versuche, die Grenzen Europas erneut in Frage zu stellen und damit die Grundlagen der Ostverträge und der erreichten Entspannung zu zerstören. Er stellt dazu fest:

1. Die im Bund der Vertriebenen zusammengefaßten Altverbände, an ihrer Spitze die Landsmannschaft der Schlesier, haben in letzter Zeit verstärkt das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland, darüber hinaus aber auch das politische Klima in Europa dadurch verschlechtert, daß sie die Ostverträge in Frage stellten, territoriale Ansprüche insbesondere gegen Polen erhoben und offen oder versteckt Forderungen anmeldeten, die nicht anders als revanchistisch bezeichnet werden können.
2. Die Bundesregierung hat dazu eine zwiespältige Haltung eingenommen. Dies wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß Bundeskanzler Helmut Kohl trotz der nach wie vor provokatorischen Leitparolen am Treffen der schlesischen Landsmannschaft teilnehmen und dort sprechen will.
3. Der ZMO spricht den Altverbänden die Legitimation ab, im Namen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge oder im Namen der Spätaussiedler zu sprechen. Die auf Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker abzielende Politik der führenden Funktionäre der Altverbände wird von der Mehrheit der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler nicht getragen. Sie wissen, daß diese Politik ihre Eingliederung stört, den Frieden gefährdet, die Lage der noch in Osteuropa lebenden Deutschen verschlechtert, die Kontakte über die Grenzen erschwert und eine Normalisierung der Verhältnisse gefährdet. Dies liegt nicht in ihrem Interesse.
4. Die Bundesregierung darf den verhängnisvollen Kurs der Altverbände nicht weiter unterstützen, beschönigen und verteidigen. Der Landesverband des ZMO fordert den Bundeskanzler auf, seine Zusage zurückzunehmen, auf dem Schlesiertreffen zu sprechen und so den Eindruck zu verstärken, als identifiziere er sich mit den Parolen und Ansprüchen der Landsmannschaft Schlesien und der Altverbände. Der ZMO fordert die Bundesregierung zugleich auf, ihre Finanzierung der Altverbände zu reduzieren und auf zweckgebundene Mittelzuweisungen zu beschränken, die für Maßnahmen gewährt werden, die nicht im Widerspruch zu den abgeschlossenen Verträgen und der daraus resultierenden Ostpolitik stehen.
5. Der ZMO in Nordrhein-Westfalen bekräftigt seine Entschlossenheit, auch im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler für Entspannung und Frieden in Europa einzutreten, wie sie durch die Ostverträge angestrebt werden. Er sieht darin die einzige Möglichkeit, die Lage aller Deutschen, wo immer sie zur Zeit leben, zu verbessern, ihre Freizügigkeit Schritt für Schritt zu erleichtern, ihre Positionen - soweit sie in Osteuropa und den asiatischen Gebieten der UdSSR leben - im Sinne von Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung auszubauen und ihnen ein friedliches Leben zu gewährleisten.
6. Aus diesen Grunde müssen die Prinzipien, alle in Europa bestehenden Grenzen für unverletzlich zu erklären und die territoriale Integrität aller europäischen Staaten heute und in Zukunft zu gewährleisten, ohne jegliche Einschränkung anerkannt bleiben."

(-/19.2.1985/vo-he/rs)

+ + +

